

Es ist eine Binsenweisheit, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft Güter vorrangig danach beurteilt werden, wieviel Profit sie einbringen. Liebe sich mit Bratwürsten mehr Geld verdienen als z. B. mit Panzern und anderen Rüstungsgütern¹, würde angewiesen, erstere herzustellen und zu vertreiben. Weil dem offensichtlich nicht so ist, werden letztere hergestellt. Rüstungsgüter sind lukrativ. Die deutsche Industrie liegt mittlerweile mit einer Ausfuhr im Umfang von 5,8 Millionen Euro im Jahr 2020 auf dem vierten Platz der Waffenexporteure weltweit. Auch wenn die Politik den Rüstungsexport immer wieder kritisiert, bleibt es doch bei verbalen Bekundungen. An den Tatsachen ändert sich wenig.

Zuletzt befand Klimaschutz- und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), Minen seien keine Angriffswaffen und könnten, ja sollten daher z. B. an die Ukraine geliefert werden. Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) verweigerte sich indes dem Wunsch der Ukraine nach Waffenlieferungen. Statt dessen sagte sie eine Millionenzahlung des deutschen

der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie fest verankert zu sein. Unternehmen, die Kriegsgüter herstellen, sind in Deutschland regional sehr unterschiedlich verteilt, kommen in Südbayern aber besonders häufig vor, was nicht zuletzt an der »natürlichen« Verbindung zwischen Regionalpolitik und Rüstungsindustrie liegt. Die Zahl der tatsächlichen Arbeitsplätze in der Branche ist indes umstritten. Aktuelle Daten liegen nicht vor. In der klassischen Rüstungswirtschaft (Waffensysteme, Waffen und Munition) arbeiten laut einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) aus dem Jahr 2014 98.000 Menschen.³ Der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nennt hingegen für das Jahr 135.700 Arbeitsplätze und behauptet darüber hinaus, dass »indirekt und induziert weitere 273.400 Beschäftigungsverhältnisse« entstanden seien.⁴ Unbestritten bleibt indes, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der wehrtechnischen Industrie samt Zuliefererunternehmen stark abgenommen hat.

Zu Zeiten allerdings, als die Zahl der Beschäftigten in der Rüstungsbranche noch deutlich höher lag, machten die Beschäftigten einer Waf-

ökologischer und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben gesenkt werden.« Und in einem auf der IG-Metall-Delegiertenkonferenz in Stuttgart 2014 angenommenen Antrag wiederum: »Rüstungsproduktion ist kein »normaler« Industriezweig. Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet – eine menschenverachtende Produktion.«

Aufleben alter Kontroversen

»Die öffentliche Debatte um Kampfdrohnen und Waffenexporte hat eine alte Kontroverse in der IG Metall wieder aufleben lassen«, schreiben Jörn Boewe und Johannes Schulte 2014.⁷ Aber diese Diskussion scheint inzwischen, wie das Münchner Beispiel zeigt, wieder eingeschlafen zu sein, oder die Begründung und Vermittlung der Beschlusslage der Gewerkschaft an ihre Mitglieder hat schlicht nicht stattgefunden. Aus dem IG-Metall-Vorstand verlautete 2014 wenig optimistisch, die Konversionsbemühungen der 1980er Jahre seien nicht nur »an den Unternehmen gescheitert, die nicht bereit waren, ihre geschäftliche Ausrichtung zu ändern«, sondern »auch an den Mitarbei-

Panzer sind zum Töten da

Anderes und anders produzieren. Die Debatte um die Konversion von militärischen zu zivilen Gütern in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. **Von Frank Rehberg**

Staates zu, um ein »Feldlazarett« zu bauen und einzurichten. Das ist die »Friedenspolitik« der grünen Partei: Was man zusammenschießt, flickt man auch wieder zusammen. Eine grundsätzliche Kritik an Produktion und Verkauf von Kriegsgüter, also Mordwerkzeug, ist aus den Reihen der ehemaligen Pazifisten längst nicht mehr zu hören. Bei der FDP war sie nie vorhanden, und auch die SPD hält es seit jeher mit der Rüstungsindustrie. Der politische Druck der Ampelkoalition auf Rheinmetall und Co. ist dementsprechend gering, oder anders gesagt: Er ist nicht vorhanden.

Panzer sichern Arbeitsplätze?

Den aber bräuchte es, wenn man ernsthaft und nachhaltig mit der Umstellung der Produktion von militärischen zu zivilen Gütern beginnen will. Vom Kapital selbst ist kein freiwilliges Umsteuern in Richtung Konversion zu erwarten. Wie aber sieht es mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten, mit Betriebsräten und Gewerkschaften aus?

Nicht eben gut, schaut man etwa nach München-Allach, wo unter anderem der Exportschlaggerpanzer »Leopard« gebaut wird. Der Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann betreibt dort seit 1964 eine Panzerteststrecke, bis dato offenbar ohne Genehmigung. Gegen die nachträgliche Gewährung hat nun eine Initiative namens »Schule statt Panzer« geklagt. Sie fordert, dass die Fläche für den Bau von Schulen und Kindergärten genutzt wird. Anwohnerinnen und Anwohner fühlen sich zudem seit langem durch Lärmbelästigung gestört. Krauss-Maffei Wegmann hat für den Fall der Nichtgenehmigung mit der Einstellung des Panzerbaus gedroht. Der Betriebsrat der IG Metall, der 1.650 Arbeitsplätze in Gefahr sieht, sollte die Probestrecke nicht mehr genutzt werden, rief daraufhin zu einer Demonstration für den Erhalt der Panzerstraße auf. Mehr als tausend Beschäftigte kamen. Auf den Transparenten und Plakaten war unter anderem zu lesen: »Panzer fahren – Arbeitsplätze wahren!« Und: »Panzer sichern Arbeitsplätze!«²

Das »Argument«, Rüstung sichere Arbeitsplätze, ist altbekannt und scheint in den Köpfen

fenschmiede in Großbritannien Furore. Im Januar 1976 stellten Arbeiter und Ingenieure des britischen Luftfahrt- und Rüstungskonzerns Lucas Aerospace der Konzernleitung und der Öffentlichkeit einen Entwurf vor, mit dem sie die überkommenen Grundlagen des Was, Wie und Wozu der Produktion radikal in Frage stellten. Angesichts einer drohenden Entlassungswelle hatten sie sich Gedanken über alternative Produkte gemacht. In den Werken des Unternehmens hielten sie Belegschaftsversammlungen ab, Ingenieure, Technikerinnen und Facharbeiter entwickelten gemeinsam neue Ideen, fertigten Komponenten während der Arbeitszeit, tüftelten an Prototypen, unternahmten Probeläufe. Schnell kamen rund 150 Projekte zusammen, die allesamt eine Alternative zum bisherigen Tötungsgerät von Lucas Aerospace darstellten und teilweise sofort hätten in Produktion gehen können: Kenntnisse und Maschinen waren vorhanden. Dazu gehörten tragbare Dialysegeräte und Ultraschallapparate, Windkraftwerke und Wärmepumpen sowie ein auf ungenutzten Bahnstrecken auch getestetes Schienen-Straßen-Fahrzeug.⁵

Die britische Friedensbewegung stellte sich hinter die Arbeiter und Ingenieure. Doch Management, Labour-Regierung und Gewerkschaften hintertrieben gleichermaßen diesen mutigen und ganz und gar unerhörten Ansatz der Alternativproduktion einer autonom agierenden Belegschaft. Dennoch sorgte das Beispiel für Aufsehen. Die Lucas-Shop-Stewards wurden zu zahllosen Gewerkschaftsseminaren in Europa und nach Nordamerika eingeladen. Im Anschluss an die Konversionsbemühungen der britischen Beschäftigten diskutierten in den 1980er Jahren auch deutsche Gewerkschafter über eine Überführung der Rüstungsproduktion in die Herstellung ziviler Güter. Im Ergebnis dieser Diskussionen erschienen zahlreiche konversionsfreundliche Veröffentlichungen.⁶

Ein spätes Ergebnis war das 2011 in der Satzung der IG Metall festgehaltene Bekenntnis: »Die IG Metall setzt sich für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung (...) ein.« In einem beim Gewerkschaftstag 2011 angenommenen Leitantrag heißt es zudem: »Die Rüstungsausgaben müssen zugunsten sozialer,

so Vorstandsmitglied Jürgen Kerner.⁸ Aber deshalb kapitulieren? Oder nicht doch lieber die offizielle gewerkschaftseigene Position zur Rüstungskonversion unter den Mitgliedern und betroffenen Beschäftigten verstärkt popularisieren?

Dass es Alternativen zur Rüstungsproduktion gibt, bestätigt indirekt Armin Maier-Junker, ehemals Betriebsratsvorsitzender des Gemeinschaftsbetriebs Airbus Defence and Space MBDA Ulm – auch wenn seine Begründungen eher die Ablehnung der Konversion untermauern, weil diese angeblich nicht machbar und unwirksam sei. So gab er zu Protokoll, dass in den 1980er Jahren Betriebsräte in Ulm an Konzepten für die Entwicklung ziviler Produkte mitgearbeitet hätten. Das Ergebnis: Abstandssensoren, die heute in Autos verbaut sind, oder ein Müllwiegesystem. »Doch diese Produkte sind nie bei uns geblieben. Uns fehlte der Marktzugang.« Die Arbeitsplätze seien woanders entstanden.⁹

Unbestritten, es ist sicher einfacher, in diversifizierten Unternehmen wie bei Krauss-Maffei Wegmann, das auch Lokomotiven herstellt, eine Konversionsgüterproduktion durchzusetzen. Aber der Zuschnitt des Unternehmens ist nur ein Aspekt. Ein weiterer betrifft die Taktik gegenüber dem Management, das sich für Ideen von seiten der Beschäftigten in der Regel wenig aufgeschlossen zeigt. So konnte man etwa beim Automobilzulieferer Mahle in Stuttgart feststellen, dass Alternativprodukte der Beschäftigten so lange »Schubladenprodukte« blieben, bis sie dem Management als »eigene« Ideen verkauft wurden. Erst dann fanden sie positive Beachtung.¹⁰ Überhaupt ist der »Produzentenstolz« ein wichtiger Faktor. Rüstungskonversion und die daraus abgeleiteten Konzepte der Beschäftigungspläne¹¹ sind gute Wege, die Mitbestimmung über das Was und das Wie der Produktion einzufordern und aufzuzeigen, dass mit den bisherigen Mitteln etwas anderes, nämlich gesellschaftlich nützliche Güter, hergestellt werden kann.

Aber bei aller Taktik darf tatsächlich nicht übersehen werden, dass bei zahlreichen Beschäftigten in der Rüstungsindustrie ein Strukturkonservatismus vorherrschend ist: Sie



Besser das ganze Kriegsspielzeug gar nicht erst produzieren.

wollen ihren angestammten Arbeitsplatz behalten, auch weil sie die Arbeitsvollzüge kennen und ausführen können, ihre bisherigen Fertigkeiten und Qualifikationen bedroht sehen und ihre Kolleginnen und Kollegen sowie ihren Verdienst, der im Vergleich zu anderen Branchen relativ hoch ist, schätzen.

Konversion weiter auf der Agenda

Konversion steht trotz aller Unkenrufe weiter auf der Agenda der Gewerkschaften, das zeigt auch eine IG-Metall-Broschüre mit dem Untertitel: »Konversion & Innovation ein Thema für alle IngenieurInnen«. Dort werden beispielhaft die divergierenden Interessen von Kapital und Arbeit angesprochen, u. a. dass das Ziel der Profitmaximierung, die einer gesellschaftlich verantwortlichen, naturverträglichen Entwicklung und Gestaltung von Produkten entgegensteht. Gewerkschaften verstehen sich als Teil der Friedensbewegung in der Bundesrepublik. In den 1980er Jahren waren zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder bei den Protesten gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen dabei. In den 1950er Jahren hatten Gewerkschaften bereits gegen die Wiederbewaffnung gekämpft. Im Fokus stand dabei immer auch die Frage: Was können die Beschäftigten alternativ herstellen, um einerseits die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen



sondern anderes, nützlicheres Gut – dann muss der Schrott auch nicht verrotten: Ausrangierte Marder-Schützenpanzer der Bundeswehr

und andererseits ihre Erwerbsmöglichkeiten, ihren Arbeitsplatz zu sichern.

Heute fremdeln Gewerkschaften vor allem mit der Klimaschutzbewegung. Das schwächt beide, muss aber nicht sein, wie der gemeinsame Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze im Bosch-Werk in München-Trudering zeigt. Dort werden von rund 250 Beschäftigten Einspritzpumpen und Ventile für Dieselmotoren gefertigt. Im Zuge der Umstellung auf Elektromobilität will der größte Automobilzulieferer Europas das Werk schließen und die Produktion ins Ausland verlagern. Eine junge Klimaschutzaktivistin sagte dazu: »Klimaaktivisten und Arbeiter aus dem Bosch-Werk haben sich vernetzt und kämpfen mit der Kampagne ›Klimaschutz und Klassenkampf‹ gemeinsam dafür, dass das Werk erhalten bleibt und dass die Produktion auf klimafreundliche und gesellschaftlich nützliche Produkte umgestellt wird. Wir brauchen unfassbar viele Geräte, z. B. medizinische, die dort hergestellt werden könnten, werden sie aber nicht, weil es sich für Bosch nicht lohnt. (...) Wir sind eine Klasse, die lohnabhängig ist. Nur gemeinsam haben wir die Kraft, Klimagerechtigkeit herbeizuführen.«¹² Die Klimaschutzaktivistinnen und -aktivisten betonen die große Rolle der IG Metall in ihrem gemeinsamen Kampf.

Indirekt fordert die Münchner Kampagne, dass der Gebrauchswert eines Produkts gegenüber dem Tauschwert in den Vordergrund

gestellt wird. Wenn der Tauschwert nicht mehr bestimmend ist, dann ist es auch einfacher, die Art und Weise der Produktion, die dafür verantwortlich ist, dass immer mehr Menschen krank werden, menschengerecht zu gestalten. Eine Absicht, die schon die Aktivisten bei Lucas Aerospace in den 1980er Jahren mit der Konversionsdebatte verbanden.

Humane Arbeitsplätze

Wie Arbeitsplätze »human« gestaltet werden können, darüber gibt es seit langer Zeit zahllose wissenschaftliche Studien, besonders auch von gewerkschaftlicher Seite.¹³ Es lohnt sich, Vergangenes wieder auszugraben und es auf die heutige Situation anzupassen. Aus Fehlern und Unzulänglichkeiten kann gelernt werden. Gerade die angekündigte ökologische Transformation, die eigentlich alle industriellen Branchen erfasst, macht eine Annäherung von Umweltschutzbewegungen und Gewerkschaften geradezu zwingend. Man kann viel voneinander lernen. So führt eine Aktivistin der Kampagne für den Erhalt und die Umgestaltung der Arbeitsplätze im Bosch-Werk München-Trudering an: »Die Gewerkschaft IG Metall hat in ihrer Satzung ja die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Schlüsselbetriebe stehen. Diese Forderung muss nun vor den Vorhang geholt werden.«¹⁴

Anmerkungen:

- 1 »Bei Rüstung geht es in erster Linie um den Verkauf von Rüstungsgütern durch Rüstungsunternehmen und deren Kauf durch Staaten. Zu den Militärausgaben gehören zudem unter anderem die Personalkosten und die Instandhaltung der vorhandenen Rüstungsgüter« (Statista Research Department, 24.06.2021). Die Militärausgaben in Deutschland betragen 2021 rund 52,8 Milliarden US-Dollar (46,2 Milliarden Euro).
- 2 Natürlich hat sich die Münchner SPD für den Erhalt der Teststrecke ausgesprochen. Zu groß sind die Befürchtungen vor sinkenden Gewerbesteuererträgen und damit »Risiken für die gesamte Münchner Bevölkerung«. Zum Schutz der Nachbarn soll der Rüstungskonzern allerdings seine Testzeiten beschränken. Die Stadtratsfraktion der Grünen bläst ins gleiche Horn wie ihr Koalitionspartner. Ihren Antrag überschrieb sie: »Besserer Lärm- und Gesundheitsschutz für Anwohner*innen – Genehmigung der Panzerteststrecke Allach nur mit strengen Auflagen«.
- 3 www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2014A45_Ink_mlg.pdf
- 4 www.bdsv.eu/themen/die-industrie/articles/wifor.html
- 5 Vgl.: Pit Wuhrer: Der Lucas-Plan. Sie pflanzten die bessere Zukunft; in: WOZ vom 15. Februar 2007; siehe auch: Annette Schlemm: Die kommende Konversion. In: *junge Welt*, 20.1.2022, kurzlinks.de/konversion
- 6 Siehe: Lutz Köllner/Burckhard J. Huck: Abrüstung und Konversion. Politische Voraussetzungen und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik. Frankfurt/New York 1990; Hermann Biehler; Hans Schmid: Fallstudien zur regionalen Konversion. Erörterung von Möglichkeiten zukunftsorientierter und arbeitsplatzsichernder Umstrukturierungen militärischer Standorte, hg. v. der ÖTV-Hauptverwaltung. München 1991; Gerhard Richter/Detlev Sträter (Hg.): Internationales Forum »Conversion '90«. Strukturwandel durch Abrüstung. Perspektiven für die 90er Jahre. München 1991
- 7 Jörn Böwe/Johannes Schulten: Zwischen Friedensbewegung und Rüstungslobby. In: *Die Mitbestimmung* 1/2014

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Vgl. Frank Iwer/Frank Rehberg: Beschäftigungsplan und gewerkschaftliche Regional- und Strukturpolitik in der Region Stuttgart. In: *IMU-Informationdienst* 1/1996

11 Bosch, Gerhard/Neumann, Horst (Hg.): Beschäftigungsplan und Beschäftigungsgesellschaft. Neue Konzepte und Initiativen in der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Köln 1992

12 Nur Arbeiter:innen können Klimaschutz herbeiführen. In: *Oxi*, 4.9.2021

13 Vgl. Gerd Lobodda/Gerhard Richter: Antworten auf den »Späthkapitalismus«. Ausgewählte Konzepte, Aktionen, Modelle in Betrieb, Branche und Region. München 1985; Gerhard Richter: Umbauperspektiven an der Schnittstelle Betrieb und Region, ein Diskussionsbeitrag zu neuen gewerkschaftlichen Ansätzen eines integrierten Gestaltungskonzepts »vor Ort«. In: A. Caspari; W. Dörhage (Hg.): Beschäftigung für die Region, Arbeitsmärkte im Strukturwandel. Berlin 1990; Heinz Pfäfflin: Es geht um Beschäftigungspläne ... Eine Arbeitshilfe für die gewerkschaftliche Betriebspolitik, hg. v. der IG-Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg. Nürnberg 1992

14 Bosch-Beschäftigte fordern: Produktion für Klimaschutz, nicht für den Profit. In: *Arbeit & Wirtschaft*, 26.11.2021

■ Frank Rehberg ist Bildungsreferent der Gewerkschaft Verdi.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

Verfolgt, ermordet, totgeschwiegen. Theodor Lessing zum 150.

Von Helmut Donat